

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Wodarg,

über Ihre Forderung, dass Volk solle selbst über so tiefgreifende Änderungen im Gesundheitswesen diskutieren, habe ich mich sehr gefreut.

Bedeutet die vereinbarten Eckpunkte doch eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens mit Nivellierung auf möglichst billigem Niveau, quasi Planwirtschaft mit dem Ziel eines Einheitsstaatsgesundheitswesens wie in vielen anderen europäischen Ländern. Sie wissen, dass unser Gesundheitswesen leistungsfähiger als in diesen Ländern ist und dennoch nicht wesentlich teurer. Dass Prof. Lauterbach als Rhönkliniken-Lobbyist Änderungen wünscht, die seinen Privatkliniken den Markt verbreitern und auch den ambulanten Bereich öffnen ist logisch, aber deshalb doch nicht im Sinne aller. Dass überhaupt die derzeitigen Pläne im Bundestag mehrheitsfähig sind, dürfte der DDR-Bevölkerung zu danken sein, die Staatsregulierung bis ins kleinste Detail gewöhnt sind. Aber müssen wir uns deshalb zur DDR rückentwickeln?

Irritiert bin ich über die Ihnen zugesprochene Aussage, bei dem Eckpunktekompromiss hätten Privatversicherungslobbyisten die Feder geführt. Da sind Sie wahrscheinlich falsch zitiert worden. Jedenfalls ist es wichtig, dass die solide finanzierte Privatvollversicherung in der Republik erhalten bleibt und der Generationenbetrug wie in der Rentenversicherung nicht im Gesundheitswesen weiter verbreitet wird.

Auch hier sollte der kapitalgestützte Versicherungsanteil schrittweise erhöht werden, z.B durch Senkung der Versicherungspflichtgrenze und der Genehmigung für Krankenkassen, auch Privatvollversicherungen anbieten zu können (echter Wettbewerb, nicht Pseudo).

Jedenfalls will die Mehrheit der Rentner bei der Gesundheit für sich das Beste und gibt deshalb viel Geld im grauen Markt der wellness- u.ä. Angeboten aus. Lieber die Möglichkeit zum Optimal-Versichern jedem geben, statt alle zu Aldi zu zwingen (die WANZ-Forderung des SGBV, nur wirtschaftlich, nicht optimal) mit katastrophalen Folgen für die Leistungsträger, seien es Niedergelassene oder Krankenhäuser. Das ist die Diskussion, die auch in der Presse geführt werden müsste, statt über äußerliche Verbalstreitereien bei Nebenpunkten zu berichten. Bei der bisherigen Berichterstattung weiß kaum einer, was bei einer Realisierung in der Gesundheitsversorgung auf ihn zukäme.

Das Solidarische in der GKV soll erhalten bleiben. Aber dazu braucht man nicht versuchen, Privatversicherer zu enteignen oder auszuhungern, sondern dafür ist das Finanzamt da. Mit einem prozentualen Anteil an der Einkommenssteuer fürs Gesundheitswesen ist jeder gemäß seinem Einkommen an der solidarischen Finanzierung beteiligt. Und diese Solidarität sollte nur Bedürftigen zugute kommen, also Rückdrängung des Wirtschaftlichen/ Angemessenen/ Notwendigen/ Zweckmäßigen (=WANZ) der GKV wieder zu einem Teil wie in Bismarckscher Zeit (heute ca. 40% der Bevölkerung, nicht 90% wie derzeit). Bei Freiheit für die übrigen 60% des Volkes kann unser Gesundheitswesen wirklich zum Wachstumswirtschaftsfaktor und Jobmotor werden, nicht bei Praxen- und Krankenhausschließungen, was die Arbeitslosenzahlen noch erhöht.

Jedenfalls danke ich Ihnen für Ihre Forderung, nicht stur ein schlechtes Vorhaben durchzuziehen nur um Koalitionsfrieden zu sichern, statt im gegenseitigen Einvernehmen den reset-Knopf zu drücken und Besseres mit Einbeziehung der bisherigen Diskussion sich auszudenken. So wird die SPD auch wieder für mich wählbar.

Mit freundlichem Gruß

Thomas Scholz

Dr. Th. Scholz, Internist, Waidmannsluster Damm 41, 13509 Berlin (Tegel)

Das Interview im Wortlaut:

http://www.inforadio.de/static/dyn2sta_article/431/144431_article.shtml

mp3-Version der Radiosendung zum Download:

http://www.inforadio.de/static/media/mp3/3031022X_A48B4BF3C2E84D5A91E28F3A065E83DE.MP3